

Videoüberwachung in Brig – Jusoo reicht Beschwerde ein

Seit etwa einem Monat lässt die Regierung der Stadtgemeinde Brig-Glis Teile ihres Territoriums per Kamera überwachen. Während andere Städte wie z. B. Luzern die Übung wieder abbrechen, lässt die Polizeipräsidentin Fischer-Willa in Brig die Kameras installieren. Insgesamt 31 Stück sollen es sein, ein paar davon haben die Jusoo genauer angeschaut und festgestellt, dass diese nicht den nationalen bzw. kantonalen Normen entsprechen. Eine Beschwerde bei der kantonalen Datenschutzbeauftragten wurde eingereicht. Dies eine Intervention für den Datenschutz und zum Schutz der Bürgerrechte.

Einige Bereiche der Briger Innenstadt, Bahnhofstrasse, Stadt- und Sebastiansplatz sowie Sennereigasse und untere Burgschaft werden jüngst von diversen Videoanlagen überwacht. Das Problem hierbei ist, dass die überwachten Bereiche nicht ausreichend bzw. gar nicht beschildert sind. Gemäss der kantonalen Gesetzgebung GIDA müssen videoüberwachte Bereiche als solche gekennzeichnet werden. Darüber hinaus muss dem Bürger klar sein, welche Behörde genau überwacht und es muss genau bezeichnet werden, welches das überwachte Gebiet ist. Dies sind gravierende Mängel und Fehler, welche unverzüglich zu beheben sind.

Einführung in Brig nicht ohne Widerstand

Während der Urversammlung, an welcher die Videoüberwachung beschlossen wurde, entflammte ein heftiger Diskurs. Das Gesetz wurde aufgrund einer nicht repräsentativen Statistik angenommen.

Vor allem Jugendliche sehen sich durch Kameras von öffentlichen Räumen verdrängt. Die Jusoo sind nach wie vor der Überzeugung, dass gesellschaftliche Probleme nicht mit Kameras gelöst werden können.